

Südtirol | Alto Adige

Politika12

| Jahrbuch für Politik

| Annuario di politica

| Anuar de politica

| Herausgegeben von – a cura di – dè fora da

| Günther Pallaver

politika

Edition
RAETIA

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Autonomen Provinz Bozen - Südtirol
sowie der Stiftung Südtiroler Sparkasse.

Stampato con il sostegno della Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige
e della Fondazione Cassa di Risparmio.

Stampè cun i contribuè dla Provinzia Autonoma da Balsan – Südtirol
y dla Fondaziun Cassa dl Sparagn



© Edition Raetia, © politika, Bozen 2012

Herausgegeben von politika – Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft
A cura di politika – Società di Scienza Politica dell'Alto Adige
Dè fora da politika – Sozietè de sciènza politica de Südtirol

Grafisches Konzept | Concetto grafico | Conzet grafich: Dall'O & Freunde
Druckvorstufe | Prestampa | Prestampa: Typoplus
Druck | Stampa | Stampa: Tezzele Print

ISBN-Druck 978-88-7283-413-8
ISBN-Pdf 978-88-7283-460-2

www.raetia.com

www.politika.bz.it

Politika12

1. Editorial

Günther Pallaver 8

2. Die Ereignisse des Jahres

Gli avvenimenti dell'anno 19

3. Essay: Kritische Bewertung des Jahres 2011

Saggio: Sintesi e interpretazione dell'anno politico 2011

Alessandra Zendron: 2011 – L'Autonomia sudtirolese alla prova della crisi

2011 – Die Bewährungsprobe für die Südtirol-Autonomie im Zeichen der Krise 98

4. 40 Jahre II. Autonomiestatut

40 anni del II Statuto di autonomia

Peter Hilpold: 20 Jahre Streitbeilegungserklärung – Gedankensplitter aus völkerrechtlicher Sicht 167

Francesco Palermo: Regione, Province e forse nuova Regione? Il pendolo di Foucault istituzionale dell'autonomia 183

Günther Pallaver: Transformationsprozesse der Südtiroler Autonomie 1972–2012. Konfliktlösungsmodell, Konkordanzdemokratie, Parteien ... 205

Hermann Atz: Gegeneinander, Nebeneinander oder Miteinander: Wie haben sich 40 Jahre Autonomiestatut auf das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol ausgewirkt? 241

Christoph Perathoner: Die ladinische Sprachgruppe in Südtirol und das Zweite Autonomiestatut 269

Roberta Medda-Windischer: Immigrazione e minoranze storico-tradizionali: la gestione della diversità delle nuove minoranze in Alto Adige/Südtirol 307

Martin Larch: Autonomie und Ökonomie: War die Selbstverwaltung ein Segen für die Wirtschaftsentwicklung? Möglich wär's. 327

Giuseppe De Cesare: Statuto di autonomia e radiotelevisione pubblica .. 345

5. Außerhalb des Jahresthemas

Altri temi

Nadja Thoma: „Das Deutschtum in Südtirol wird über kurz oder lang abgeschafft sein.“ Migrationsdiskurse der Südtiroler Freiheitlichen 377

Roland Benedikter, Kris Krois, Andreas Trenker: Social Design per l'Alto Adige 405

Günther Lengauer/Günther Pallaver: Jörg Haider als *Human Brand*. Die politische Marke und ihre Erfolgsfaktoren 411

6. Politische Bildung

Educazione politica

Thomas Benedikter: Ehrenamt im Bereich Politik und bürgerschaftliches Engagement in Südtirol unterbewertet 437

7. Rezensionen

Recensioni

Angelo d'Orsi: L'Italia delle idee. Il pensiero politico in un secolo e mezzo di storia. (Joachim Gatterer) 457

Stefano Fait/Mauro Fattor: Contro i miti etnici. Alla ricerca di un Alto Adige diverso. (Gabriele Di Luca) 460

Michael Thöndl: Oswald Spengler in Italien. Kulturexport politischer Ideen der „Konservativen Revolution“. (Günther Pallaver) 464

Thomas Benedikter (Hg.): Den Grundsätzen treu geblieben. Alfons Benedikters Wirken für Südtirol im Spiegel der Erinnerung. (Günther Pallaver) 468

8. AutorInnen

Autori 472



1. Editorial

Vorwort

Südtirols Autonomie wird gerne als Vorzeigemodell für andere soziale Realitäten präsentiert, in denen sprachliche Minderheiten leben, weil es als ein äußerst erfolgreiches Konfliktlösungsmodell angesehen wird. Die Anwendung personaler Gewalt wurde weitgehend vermieden, ein negativer Frieden verwirklicht, die Konfliktregelung verrechtlicht und international verankert.

Die Verrechtlichung des Konflikts hatte dazu geführt, dass in der Vergangenheit die Autonomie Südtirols vor allem unter juristischen, aber auch unter historischen Gesichtspunkten analysiert wurde. Neben den geschichtlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungsschüben wurden vor allem völker- und verfassungsrechtliche Fragen aufgeworfen, die Weiterentwicklung der Autonomie auch gerne unter quantitativen Aspekten betrachtet, wenn die (neu hinzugewonnen) Kompetenzen aufgelistet und als politischer Erfolg im Spannungsverhältnis mit dem Zentralstaat präsentiert wurden (und werden).

In dieser Ausgabe des Jahrbuches 2012 wird das Zweite Autonomiestatut im Vergleich zum Ersten in erster Linie sozialwissenschaftlich untersucht. Dabei geht es nicht um normative Ansätze, *wie etwas sein soll*, sondern um die Analyse der sozialen Wirklichkeit, *wie etwas ist*.

Das Jahr 1972 bildete eine politische Zäsur, den Übergang von einer Regional- zu einer Landesautonomie. Das Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Bozen und Rom (aber auch Trient), wurde schrittweise durch das Spannungsverhältnis innerhalb der Autonomie, die *Außenpolitik* durch die *Innenpolitik* ergänzt.

Innerhalb dieser 40 Jahre seit dem Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts haben sich gewaltige soziale und politische Umbrüche vollzogen. Um nur zwei zu nennen: das Ende des Kalten Krieges und somit des Ost-West-Konfliktes und der

europäische Erweiterungs- und Integrationsprozess, verbunden mit dem Schengener-Abkommen und der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung. Allein diese beiden historischen Einschnitte haben das Leben in Europa radikal geändert und damit auch Auswirkungen auf Südtirols Autonomie gehabt.

Mit der Streitbeilegung im Jahre 1992 hat die Entwicklung der Autonomie keinen Abschluss gefunden, sondern sie bildete den Ausgangspunkt für die *dynamische Autonomie*. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat der Forderung nach Sezession neuen Auftrieb gegeben, den *Slowenischen Weg* auch in Bozen attraktiv gemacht. Die Neugründung von Staaten auf dem Balkan im Zuge der Implosion Jugoslawiens, begleitet von blutigen Kriegen, gibt der Bewegung für die Selbstbestimmung im Sinne der Sezession, der Rückkehr zu Österreich oder im Sinne eines nicht näher definierten Freistaates neuen Antrieb. Als Reaktion auf die schwer vorstellbare Forderung nach *äußerer Selbstbestimmung* wird die Forderung nach *Vollautonomie* im Sinne der *inneren Selbstbestimmung* erhoben. Dabei wird gerne übersehen, dass das politische Zepter heute längst nicht mehr in den Händen der Nationalstaaten liegt, sondern in jenen der Europäischen Union, die vom Grundsatz ausgeht, dass Grenzen innerhalb der Union nicht verschoben oder neu errichtet, sondern, wenn schon, beseitigt werden.

Neben diesen *äußeren* Entwicklungen haben die *internen* Entwicklungen im Lande selbst an Bedeutung immer mehr zugenommen, haben Autonomie-intern tiefgreifende Transformationsprozesse stattgefunden, hat die Implementierung der Autonomie neue soziale Realitäten geschaffen. Dies betrifft den informellen Sektor wie etwa das Zusammenleben der Sprachgruppen genauso wie den formellen Sektor, ausgedrückt etwa im Regieren mittels Inklusion aller im Statut vorgesehenen Sprachgruppen. Dass vor 40 Jahren Nicht-EU-BürgerInnen in die Logik der Inklusion nicht mit einbezogen worden sind, weist bereits auf solch eine tiefgreifende Änderung unter vielen anderen hin, die es im Laufe der letzten Jahrzehnte gegeben hat und die von außen gekommen sind. Umgekehrt haben Wertewandel, die gestiegene Mobilität der Personen, das höhere Bildungsniveau und die neuen Kommunikationssysteme und Kommunikationsmittel eine lange Reihe von zusätzlichen Änderungen herbeigeführt, die von innen gekommen sind.

Die AutorInnen, die sich in diesem Jahrbuch mit Südtirols Zweitem Autonomiestatut auseinandersetzen, beschäftigen sich mit institutionellen Fragen, mit Fragen des politischen Systems und der politischen Akteure, mit der Entwicklung innerhalb und zwischen den Sprachgruppen, mit einigen Säulen des Autonomiestatuts, mit Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sowie mit Fragen des Kommunikationssystems. Der Vergleich mit dem Beginn der Autonomiereise vor 40 Jahren bringt

wertvolle Erkenntnisse und betrifft die Ordnung und somit den Handlungsrahmen der Politik (polity), die Gestaltung und damit die inhaltliche Dimension der Politik (policy) sowie die Durchsetzung und somit den Prozess des Politikgestaltens (politics).

Beispielhaft soll auf drei solcher Änderungen hingewiesen werden, die das soziale und politische Leben in Südtirol wesentlich geprägt haben. So ist die einst *dominierte* Minderheit zu einer *dominanten* geworden und hat die Machtverhältnisse unter den Sprachgruppen auf den Kopf gestellt. Die *personelle* Autonomie für die autochthonen Minderheiten in Südtirol ist zu einer *territorialen* Autonomie ausgeweitet worden. Das war die Autonomie im Kern bereits bei der Verabschiedung des Ersten Autonomiestatuts im Jahre 1948, aber die politische Wahrnehmung und politische Akzeptanz dieser neuen sozialen Realität, die alle vom Statut anerkannten Sprachgruppen im Lande (zumindest formal) auf gleiche Augenhöhe brachte, setzte erst mit der Umsetzung des Zweiten Autonomiestatuts ein. Und schließlich: Von den Parteien, die sich 1972 bei der Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts in der politischen Arena bewegten, hat nur eine die letzten 40 Jahre überlebt.

Wenn heute Südtirols Autonomie gern als Vorzeigemodell für andere soziale Realitäten präsentiert wird, in denen ethnische Konflikte herrschen, dann lässt sich wahrscheinlich weniger das institutionelle Modell als vielmehr der Prozess *exportieren*, der zu dieser Autonomie geführt hat. Dieser Prozess war (im Wesentlichen) gewaltlos, hat den Weg der Legalität nie verlassen, beruhte auf dem Prinzip der maximalen Inklusion aller betroffenen Akteure und der Verhandlungsdemokratie und maß dem Faktor Zeit eine wichtige Funktion zu, um nur die wichtigsten Kernpunkte des Konfliktlösungsprozesses aufzulisten. Auch wenn der politische Prozess vom politischen Inhalt nicht losgelöst betrachtet werden kann, auch wenn die äußeren Rahmenbedingungen (z. B. UNO, europäischer Integrationsprozess) eine wichtige Rolle gespielt haben, so liegt der innovative Charakter der Autonomie und damit des Zweiten Autonomiestatuts in seiner Vorbildfunktion für andere soziale Realitäten gerade in der Politikgestaltung, die als politischer Prozess zwar immer mit Konflikt verbunden ist, aber einen gemeinsamen, von allen im Lande lebenden Sprachgruppen und darüber hinaus involvierten Akteuren akzeptierten Grundkonsens gefunden hat, der auf den Prinzipien der Demokratie beruht.

Günther Pallaver

Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft

Prefazione

L'autonomia dell'Alto Adige viene spesso presentata come esempio per altre realtà sociali in cui vivono minoranze linguistiche, perché considerata un modello estremamente efficace nella risoluzione dei conflitti etnici. L'uso della forza individuale venne quasi del tutto evitato, una condizione di “pace negativa” venne messa in pratica, il regolamento del conflitto venne corredato da tutele giuridiche e ancorato internazionalmente.

La giuridicizzazione del conflitto ha fatto sì che in passato l'autonomia dell'Alto Adige venisse analizzata soprattutto in chiave giuridica o storica. Accanto alle condizioni storiche e alle spinte dello sviluppo vennero avanzate soprattutto questioni etniche e costituzionali; l'ulteriore sviluppo dell'autonomia venne considerato di buon grado sotto aspetti quantitativi, ad esempio quando le (nuove) competenze venivano (e vengono) elencate e presentate come successo politico nella tensione con lo Stato centrale.

In questa edizione dell'annuario 2012 il secondo Statuto di autonomia viene analizzato in relazione al primo, innanzitutto in chiave politologica. Il confronto, tuttavia, non è impostato sugli aspetti normativi, come “qualcosa dovrebbe essere”, ma sull'analisi della realtà sociale.

Il 1972 costituì una cesura politica, il passaggio da un'autonomia regionale a un'autonomia provinciale. Alla tensione tra Bolzano e Roma (ma anche Trento) si aggiunse gradualmente la tensione interna all'autonomia; la “politica estera” venne integrata dalla “politica interna”.

In questi quarant'anni dall'entrata in vigore del secondo Statuto di autonomia si sono verificati significanti capovolgimenti sociali e politici. Per citarne solo due: la fine della Guerra Fredda e quindi del conflitto Est-Ovest e il processo di allargamento e di integrazione europea legato all'Accordo di Schengen e all'introduzione

della moneta unica europea. Queste svolte storiche hanno modificato radicalmente la vita in Europa e, di riflesso, hanno avuto effetti sull'autonomia altoatesina.

Con la quietanza liberatoria del 1992 lo sviluppo dell'autonomia non ha però incontrato la sua conclusione; il rilascio della quietanza ha rappresentato semmai il punto di partenza per una nuova "autonomia dinamica". La fine del conflitto Est-Ovest ha dato nuovo impulso alla richiesta di secessione, rendendo attrattiva anche a Bolzano la "via slovena". La fondazione di nuovi Stati nei Balcani a seguito dell'implosione della Jugoslavia, accompagnata da guerre sanguinose, ha dato nuovo slancio al movimento per l'autodeterminazione nel senso di una secessione o di un ritorno all'Austria, oppure nel senso di uno Stato libero, anche se non precisamente definito. Come reazione a richieste difficilmente realizzabili di una "autodeterminazione esterna" è stata avanzata la richiesta di una "autonomia piena", nel senso di una "autodeterminazione interna". Contemporaneamente si è imposta la considerazione che lo scettro politico non sia più da tempo nelle mani degli Stati nazionali, ma in quelle dell'Unione Europea, il cui principio base sta nel ritenere che i confini interni non saranno spostati o ricostruiti bensì rimossi.

Accanto a questi sviluppi "esterni" sono cresciuti di importanza quelli "interni" alla Provincia stessa; hanno avuto luogo profondi processi di trasformazione interni all'autonomia, la sua implementazione ha dato vita a nuove realtà sociali. Questa evoluzione ha riguardato il settore informale, come la convivenza dei gruppi linguistici, così come il settore formale, ad esempio l'amministrare in virtù dell'inclusione di tutti i gruppi linguistici previsti dallo Statuto. Il fatto che, quarant'anni fa, cittadini non UE non siano stati compresi nella logica dell'inclusione, è già indice di un profondo cambiamento tra i tanti, giunti dall'esterno, che si sono verificati nel corso degli ultimi decenni. Viceversa, il cambiamento dei valori e la crescente mobilità delle persone, il maggiore livello di istruzione, i nuovi sistemi e mezzi di comunicazione hanno dato vita a una lunga serie di cambiamenti aggiuntivi, questa volta provenienti dall'interno.

Gli autori e le autrici che in questo annuario si confrontano con il secondo Statuto di autonomia, si occupano di questioni istituzionali, di questioni legate ai sistemi e ai personaggi politici, dello sviluppo tra e all'interno dei gruppi linguistici, di alcuni pilastri dello Statuto di autonomia, di economia e politica economica così come del sistema di comunicazione. Il confronto con l'inizio del viaggio dell'autonomia quarant'anni fa apporta conoscenze preziose e coinvolge l'ordinamento, quindi il problema del potere e delle istituzioni (politics), la politica nella società (policy) ed il problema della comunità politica organizzata (polity).

A titolo di esempio vanno segnalati tre di questi cambiamenti che hanno forgiato considerevolmente la vita sociale e politica in Alto Adige. La minoranza un tempo “dominata” è diventata quella “dominante” e ha capovolto i rapporti di potere tra i gruppi linguistici. L’autonomia personale delle minoranze autoctone si è trasformata in un’autonomia territoriale. Quest’ultima costituiva il cuore dell’autonomia già al tempo del varo del primo Statuto nel 1948, ma la percezione e la disponibilità politica verso questa nuova realtà sociale, che ha portato tutti i gruppi linguistici della Provincia (almeno formalmente) allo stesso livello, si è insediata solo con il secondo Statuto di autonomia. E infine: tra i partiti che nel 1972, al tempo del secondo Statuto di autonomia, si muovevano nell’arena politica solo uno è sopravvissuto negli ultimi 40 anni.

Se oggi l’autonomia dell’Alto Adige viene spesso presentata come modello per altre realtà sociali in cui sono presenti conflitti etnici, è probabile che sia il processo stesso che ha portato all’autonomia, più che il modello istituzionale, a presentarsi come idea da esportare. Questo processo è stato (essenzialmente) non violento, non ha mai abbandonato la via della legalità, si è basato sul principio della massima inclusione di tutti i protagonisti coinvolti e della democrazia consociativa e ha attribuito al fattore tempo una funzione importante per elencare soltanto i punti fondamentali del processo di risoluzione del conflitto. Anche se il processo politico non può essere considerato separatamente dal contenuto politico, anche se le condizioni esterne (ad esempio l’ONU, il processo di integrazione europea) hanno giocato un ruolo importante, il carattere innovativo dell’autonomia, e quindi del secondo Statuto di autonomia, sta nella sua funzione di modello per altre realtà sociali proprio quanto a formulazione della politica. Una formulazione che, come processo politico, comporta sempre un conflitto, ma che ha trovato un consenso generale, approvato da tutti i gruppi linguistici residenti in provincia e che poggia sui principi della democrazia.

Günther Pallaver

Presidente della Società di Scienza Politica dell’Alto Adige

Parores danfora

L'autonomia de Südtirol vëgn ion presentada sciöche model d'ejëmpl por d'atres realtês soziales olach'al vir mendranzes linguistiches, deache ara vëgn odüda sciöche n model de suzès por la soluziun de conflić. L'utilisaziun dl forza personala cuntra d'atri é gnüda en buna pert evitada, al é gnü realisé na pêsc zënza veres o revoluziuns, la regolaziun di conflić é gnüda definida iuridicamënter y ancorada a nivel internazional.

La definiziun por lege dl conflit à portè pro che l'autonomia de Südtirol gniss tl tëmp passè analisada dantadöt dal punt d'odüda iuridich, mo inće da puné d'odüda dla storia. Dlungia les condiziuns de cornisc y svilups storics é l dantadöt gnü sciuré sö chestiuns che à da nen fà cun i dërc di popui y cun le dërt costituzional, le svilup inant dl'autonomia é inće gnü conscidré ion dal punt d'odüda dla cuantité, canche les competënzes (che é gnüdes laprò) gnô (y vëgn) compedades sö y presentades sciöche suzès politich tl raport de tenjiun cun le Stat zentral.

Te chësta ediziun dl anuar 2012 vëgnel analisé le Secundo Statut d'autonomia en confrunt cun le Pröm, dantadöt dal punt d'odüda sozial-scientifich. Chilò nen vara nia de chestiuns normative, sciöche „valch dess ester“, mo dl'analisa dla realté sozuala, „sciöche valch é“.

L'ann 1972 à formè na zesöra politica, le passaje da n'autonomia regionala a n'autonomia provinziala. Le raport de tenjiun danter zënter y periferia, danter Bal-san y Roma (mo inće Trënt) é vare por vare gnü integré col raport de tenjiun al intern dl'autonomia, la „politica estera“ cun la „politica interna“.

Te chisc 40 agn dala jüda en forza dl Secundo Statut d'autonomia é l gnü atuè mudamëné soziai y politics enorms. Ma da nen nominé dui: la fin dla „Vera Frëida“ y insciö dl conflit danter ost y vest, le prozès de ampliament y de integraziun europeich, lié cun l'Acordanza de Schengen, y l'introduziun de na valüta sóra por

l'Europa. Bele ma chisc dui intervéné storicis à mudé radicalmënter la vita tl'Euro-pa y à porchël inće albü efeé sön l'autonomia de Südtirol.

Cun la Detlaraziun de stlütä dl strit danter l'Austria y la Talia dl 1992 ne s'è le svilup dl'autonomia nia rové; ara é stada le punt inizial por l'„autonomia dinamica“. La fin dl conflit danter ost y vest ti à indô dè forza nöia ala ghiranza de na se-zesciun, ara à fat diventè atratif le „tru dla Slovenia“ inće a Balsan. La fondaziun nöia de staé ti Balcans tres l'implojiun dla Iugoslavia, acompagnada da veres in-sangonades, ti da n impuls sterch al movimënt por l'autodeterminanziun tl signifi-cat de sezesiun, de jì zoruch sot al'Austria o tl significat de n stat lède nia definì plü avisa. Sciöche reaziun ala ghiranza de na „autodeterminaziun defora“ (dal Stat talian), che é ria da podèi s'imaginé, vëgnel ghiré na „autonomia plëna“ tl signifi-cat de na „autodeterminaziun daîte“ (dal Stat talian). Cun chësc suravëigon ion, che la bachëta n'é bele dî nia plü tles mans di staé nazionai, mo te chëres dl'Uniun Europeica, che pëia ia dal prinzip che i confins interns dla Uniun ne vëgn nia spo-stà o metüs sò danü, mo scinacajo tué demez.

A pèr chisc svilups „externs“ à i svilups „interns“ ciafè tres plü importanza tla provinzia, tl'autonomia é gnü a s'al dè prozesc de trasformaziun che va a funz. L'implementaziun dl'autonomia à cherié realtês soziales nöies. Chësc reverda le setur informal, sciöche la conviënza di grups linguistics, avisa tanco le setur for-mal, manifestè tres l'intlujun tl govern de düc i grups linguistics preodüs tl Statut. Le fat ch'al n'é dan da 40 agn nia gnü tignì cunt de zitadins extra-europeics pro la logica dl'intlujun, indichëia bele öna na mudaziun danter tröpes che va a funz, che é gnüdes a s'al dè ti ultimi dezenns y che é gnüdes da defora. Dl ater vers à le mu-damënt di valurs, l'aumënt dla mobilité dles porsones, le nivel de formaziun plü alt y i sistems y i mesi nüs de comunicaziun portè pomez na ligna de mudaziuns che é gnüdes da daîte.

I auturs y les auturies che s'ocupëia te chësc anuar dl Secundo Statut d'autono-mia de Südtirol, se da jö cun chestiuns istituzionales, cun chestiuns che à da nen fà cun le sistem politich y i aturs politics, cun le svilup ti y danter i grups linguistics, cun n valgönes colones dl Statut d'autonomia, cun economia y politica economica, sciöche inće cun chestiuns che reverda le sistem de comunicaziun. Le confrunt cun le scomenciämënt dl „iade dl'autonomia“ dan da 40 agn porta conoscënzes de valüta y reverda l'ordinamënt, y porchël le cheder d'aziun dla politica (polity), la composiziun y insciö la dimenjiun di contignüs dla politica (policy), porchël inće le prozès dl'organisaziun politica (politics).

Sciöche ejëmpl déssel gnì mostrè sò trëi de chëstes mudaziuns, che à influenzè dassënn la vita soziala y politica te Südtirol. Insciö é la mendranza che ê n iade

„dominada“ diventada „dominanta“ y à sciurè sotissura i raporé dl podèi danter i grups linguistics. L'autonomia „personala“ por les mendranzes autoctones te Südtirol é gnüda slariada fora, devenan n'autonomia „teritoriala“. Tla sostanza ê chësta bele l'autonomia do l'aprovaziun dl Pröm Statut d'autonomia dl 1948, mo la perzeziun politica y l'azetanza politica de chësta realté sozjala nöia, che metô düc i grups linguistics reconesciüs tl Statut (almanco formalmänter) al medemo livel, à impormò branéc cun l'atuaziun dl Secundo Statut d'autonomia. Y ala fin: di partis che ê atifs tl ciamp politich canch'al é gnü aprovè le Secundo Statut d'autonomia, nen n'él ma stè un su che à suravit i ultims 40 agn.

Sce l'autonomia de Südtirol vëgn incö presentada ion sciöche model d'ejèmpl por d'atres realtês soziales, olach'al vëgn dant conflić etnics, spo él bunamënter plü ri da „esportè“ le model istituzional, co plütosc le prozès, che à portè a chësta autonomia. Chësc prozès é stè (en sostanza) zënza violënza, al n'è mai arbandonè le tru dla legalité, al s'è dagnora basè sön le prinzip dla mascima intlujiun de düc i aturs interessà y dla democrazia dla tratativa y ti à incè atribui al fatur tēmp na funziun importanta, ma por compedè sö i puné zentrai plü importanéc dl prozès de soluziun di conflić. Incè sce le prozès politich ne po nia gnì conscidré demez dal contignü politich, incè sce les condiziuns de cornisc esternes (p.ej. UNO, prozès d'integrasiun europeica) à albü na pert importanta, é le carater inovatif dl'autonomia y insciö dl Secundo Statut d'autonomia da ciafè, te süa funziun de model por d'atres realtês soziales, avisa tl'organisaziun politica, che é sciöche prozès politich dagnora liada cun conflić, mo che à ciafè n consens coletif, che vëgn azetada da düc i grups linguistics che vir tla provinzia y da düc i aturs interessà incè defora dai confins, che se basëia sön i prinzipls dla democrazia.

Günther Pallaver

Presidēt dla Sozieté de sciënza politica de Südtirol

2. Die Ereignisse des Jahres
Gli avvenimenti dell'anno

Lined area for writing the events of the year.

2011: Die Ereignisse des Jahres

Zusammengestellt von Marco Angelucci, Gabriele Di Luca, Mauro Fattor, Eva Fischer, Maximilian Ghetta, Harald Knoflach, Thomas Ohnewein, Gebhard Platter, Harald Plieger, Johanna Prader, Arnold Sorg

Januar

1. Januar. Konrad Pfitscher wird Präsident des Wohnbauinstituts (WOBI) und löst damit Albert Pürgstaller ab, der nach dem Skandal, der zur Verhaftung von zwei leitenden Beamten geführt hat, zurückgetreten ist.

2. Januar. Laut einer Umfrage der „Tiroler Tageszeitung“ sind 64 Prozent der Tiroler gegen eine Wiedervereinigung mit Südtirol. Die Anzahl der Befürworter ist damit im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres um 10 Prozent gesunken.

4. Januar. SVP-Parteiboss Richard Theiner und Landeshauptmann Luis Durnwalder stellen das politische Programm der SVP für 2011 vor. Die politische Linie der „Blockfreiheit“ wird dabei bestätigt.

Das Regionale Verwaltungsgericht fordert das Land auf, den Landtagsabgeordneten Hans Heiss und Riccardo Della Sbarba (Grüne) Einsicht in die Gesellschaftsverträge zwischen SEL, Enel und Edison zu gewähren. Das Urteil bestätigt das Kontrollrecht der Landtagsabgeordneten über die Aktivitäten der beteiligten Vertragspartner.

5. Januar. Endlos-Sitzung des Ausschuss-Mehrheit Bozens: Mit 100 Tagen Verspätung nimmt der Stadtrat das 14 Seiten lange Programm für die Legislaturperiode an. Es unterzeichnen: SVP, PD, Grüne, Projekt Bozen, Sel, Socialisti (SDI), Rifondazione comunista, Italia dei valori. Auch Udc und Unione per Bolzano, welche einen eigenen Bürgermeisterkandidaten gestellt haben, setzen ihre Unterschrift darunter.

10. Januar. Stefan Pan, Präsident des Unternehmerverbandes, legt das Südtiroler Manifest für eine nachhaltige Entwicklung vor. Die Industriellen fordern Maßnahmen zur Verstärkung der Mehrsprachigkeit und zur Ankurbelung der Innovation.

2011: Gli avvenimenti dell'anno

A cura di Marco Angelucci, Gabriele Di Luca, Mauro Fattor, Eva Fischer, Maximilian Ghetta, Harald Knoflach, Thomas Ohnewein, Gebhard Platter, Harald Plieger, Johanna Prader, Arnold Sorg

Gennaio

1° Gennaio. Konrad Pfitscher diventa Presidente dell'Istituto per l'Edilizia Sociale (IPES) al posto di Albert Pürgstaller dimessosi in seguito allo scandalo che ha portato all'arresto di due dirigenti dell'istituto.

2 Gennaio. Secondo un sondaggio della "Tiroler Tageszeitung" il 64 per cento dei tirolesi è contrario alla riunificazione con il Sudtirolo. Rispetto allo stesso periodo dello scorso anno il numero dei favorevoli è calato del 10 per cento.

4 Gennaio. L'Obmann della Svp Richard Theiner e il Presidente della Provincia Luis Durnwalder presentano il programma politico della Svp per il 2011. Ribadita la linea della "Blockfreiheit" del partito.

Il Tar impone alla Provincia di consegnare gli accordi parasociali tra Sel (Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft), Enel ed Edison ai consiglieri provinciali Hans Heiss e Riccardo Dello Sbarba (Verdi). La sentenza sancisce il diritto di controllo dei consiglieri sull'attività delle partecipate.

5 Gennaio. Riunione fiume della maggioranza comunale di Bolzano: con cento giorni di ritardo viene approvato un documento di 14 pagine con il programma di giunta per la legislatura. Il documento è sottoscritto da Svp, Pd, Verdi, Projekt Bozen, Sel, Socialisti, Rifondazione comunista, Italia dei valori. Firmano anche l'Udc e l'Unione per Bolzano che alle elezioni avevano un proprio candidato sindaco.

10 Gennaio. Il Presidente di Assoimprenditori Stefan Pan presenta il manifesto per lo sviluppo. Gli industriali chiedono misure per rafforzare il plurilinguismo e rilanciare l'innovazione.

Die Zeitung „Il Sole 24 ore“ veröffentlicht eine Rangordnung der beliebtesten Bürgermeister Italiens: Luigi Spagnoli holt 22 Plätze auf, bleibt aber auf dem 84. Platz stehen. Auf dem achten Platz ist der Bürgermeister von Trient, Alessandro Andreatta.

Die iranische Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh wird von einem iranischen Gerichtshof zu sechs Jahren Haft verurteilt. Im Jahr 2008 hat sie den Preis der Organisation Human-Rights-International erhalten, aber das Regime hat ihr untersagt zur Verleihung nach Bozen zu kommen.

11. Januar. Hanspeter Munter kehrt in den Landtag zurück: Der Direktor des Landesverbandes der Handwerker folgt auf den verstorbenen Sepp Lamprecht. SVP-Parteiboss Richard Theiner bittet ihn offiziell darum, auf die Ämterhäufung zu verzichten.

Der Landtag von Belluno ebnet mit 21 Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen den Weg für ein Referendum über den Anschluss der Provinz an die Region Trentino-Südtirol. Das Komitee „Belluno Autonomia Dolomiti“ hat zur Unterstützung dieser Einbringung 17.500 Unterschriften gesammelt.

12. Januar. Der Landtag nimmt den Bericht der Untersuchungskommission über den WOBI-Skandal zur Kenntnis. Das Dokument, das von der Opposition mitgetragen wurde, hebt den Mangel an Kontrollen hervor. Der Verwaltungsrat des WOBI wirft der Untersuchungskommission in einem Brief an den Landtagspräsidenten Dieter Steger vor, sich von den Medien beeinflussen lassen zu haben.

CGIL/AGB, CISL/SGB, UIL/SGK und ASGB treffen den Landesverband der Handwerker. Gewerkschaften und LVH bemühen sich um die Neubelebung einer „Sozialpartnerschaft“.

Georg Zelger (SVP) wird Urbanistik-Stadtrat in Leifers und folgt damit auf Georg Forti, der nach den Polemiken um die Sportzone im November 2010 zurückgetreten ist. Robert Tezzele rückt für Georg Zelger in den Gemeinderat nach.

13. Januar. In der Fernsehsendung „Otto e mezzo“ von Lilli Gruber, welche sich dem *legittimo impedimento* (rechtmäßige Verhinderung des Ministerpräsidenten und der Minister am Erscheinen zur Strafverhandlung) widmet, sagt Michaela Biancofiore (PdL): „Ein Staatsanwalt hat mir das Gesetz zum *legittimo impedimento* empfohlen.“

15. Januar. Auf dem Fest des Partito Democratico in Folgaria diskutieren die Führungsspitzen der Partei von Bozen und Trient über die Zukunft der Autonomie.

Il “Sole 24 ore” pubblica la graduatoria dei sindaci più graditi d’Italia: Luigi Spagnoli recupera 22 posizioni, ma si ferma all’84esimo posto. Ottavo il primo cittadino di Trento Alessandro Andreatta.

L’avvocato iraniano Nasrin Sotoudeh viene condannata a sei anni di carcere da un tribunale della Repubblica islamica: nel 2008 aveva ricevuto il premio dell’Associazione Human Rights International, ma il regime le aveva impedito di venire a Bolzano a ritirare il premio.

11 Gennaio. Hanspeter Munter torna in Consiglio provinciale: il Direttore dell’APA (Associazione Provinciale Artigianato) subentra al defunto Seppl Lamprecht. L’Obmann della Svp Richard Theiner gli chiede ufficialmente di rinunciare al doppio incarico.

Il Consiglio provinciale di Belluno, con 21 voti favorevoli e due contrari, dà il via libera al referendum popolare per l’annessione della Provincia al Trentino-Alto Adige. A sostegno della proposta il comitato “Belluno Autonomia Dolomiti” ha raccolto 17.500 firme.

12 Gennaio. Il Consiglio provinciale prende atto della relazione della commissione d’inchiesta sullo scandalo IPES. Il documento, votato anche dall’opposizione, evidenzia l’avvenuta mancanza di controlli. In una lettera indirizzata al Presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger il Cda dell’IPES accusa la commissione di essersi lasciata influenzare dai media.

Cgil, Cisl, Uil e ASGB incontrano Assoimprenditori. Sindacati e industriali si impegnano a rilanciare la “Sozialpartnerschaft”.

Georg Zelger (Svp) diventa assessore all’urbanistica di Laives al posto di Georg Forti, dimessosi a novembre per le polemiche sulla cittadella dello sport. Al suo posto entra in consiglio Robert Tezzele.

13 Gennaio. Nella trasmissione “Otto e mezzo” di Lilli Gruber dedicata al legittimo impedimento la deputata Michaela Biancofiore (Pdl) annuncia: “un PM mi ha suggerito la norma sul legittimo impedimento”.

15 Gennaio. Alla festa democratica di Folgaria i vertici del Pd di Bolzano e di Trento si confrontano sul futuro dell’autonomia.

17. Januar. Erster Entwurf einer Einigung der Landesregierung über das Einwanderungsgesetz: Wer Anspruch auf Sozialleistungen haben will, muss in Zukunft fünf Jahre im Land gelebt und drei Jahre hier gearbeitet haben.

18. Januar. Eine Gruppe von lokalen und nationalen Umweltschutzorganisationen, darunter WWF, CAI und CIPRA, bittet in einem Schreiben an den Staatspräsidenten Giorgio Napolitano, das Dekret, mit welchem die Verwaltung des Nationalparks Stilfser Joch an die Provinz übertragen werden soll, nicht zu unterschreiben.

19. Januar. Das Halteverbot der österreichischen und deutschen Züge, abgesehen vom Endbahnhof, gelangt in die Abgeordnetenkammer. Der SVP-Abgeordnete Siegfried Brugger protestiert wegen der dadurch entstandenen Unannehmlichkeiten für Touristen und Pendler. Minister Matteoli entgegnet, dass das von der italienischen Schienenregulierungsbehörde verfügte Halteverbot legitim sei.

20. Januar. Die erste gesetzgebende Kommission des Landtags behandelt die Gesetzesentwürfe über die Toponomastik. Während die Gesetzesentwürfe der Grünen und der Süd-Tiroler Freiheit abgelehnt werden, wird über den Gesetzesentwurf der SVP intensiv diskutiert. Die Landesräte Alessandro Urzi, Maurizio Vezzali und Donato Seppi fordern ein Treffen aller italienischer Parteien, um den Vorstoß der SVP zu stoppen.

Der Exekutivausschuss des LVH nimmt den Antrag auf politischen Wartestand von Hanspeter Munter an. Auf ihn folgt der bisherige Vizedirektor Thomas Pardeller.

Die „Neue Südtiroler Tageszeitung“ veröffentlicht die Liste der acht Verwaltungsräte, in denen der neue Präsident des WOBI, Konrad Pfitscher, sitzt, während das Landesgesetz 12/2007 nur den Sitz in höchstens drei Verwaltungsräten vorsieht.

21. Januar. Im Gadertal beginnt das Gipfeltreffen der EU-Außenminister, das von Franco Frattini organisiert wurde. Am Gipfeltreffen nimmt auch die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außenpolitik, Catherine Ashton, teil.

Der SVP-Abgeordnete Siegfried Brugger kündigt an, dass die SVP ein Misstrauensvotum gegen den Minister für Kulturgüter, Sandro Bondi, abgeben wird.

Konrad Pfitscher kündigt an, einige Sitze in Verwaltungsräten aufzugeben, um die Präsidentschaft des WOBI weiter innehaben zu können.

22. Januar. Im Gadertal diskutieren die Außenminister über die Aufstände in Nordafrika. Auch in Bozen demonstrieren die Tunesier gegen die Unterdrückung durch das Regime Ben Ali.

17 Gennaio. Prima bozza di accordo in Giunta provinciale sulla legge sull'immigrazione: accanto al limite dei 5 anni di residenza per accedere ai servizi sarà inserito anche il limite di 3 anni di lavoro.

18 Gennaio. Un gruppo di associazioni ambientaliste locali e nazionali, tra cui Wwf, Cai e Cipra, scrive al Capo dello Stato Giorgio Napolitano. Nella lettera si chiede di non firmare il decreto sulla provincializzazione del Parco dello Stelvio.

19 Gennaio. Il divieto di fermata intermedia per i treni austriaci e tedeschi approda alla Camera. Il deputato Svp Siegfried Brugger protesta per i disagi arrecati a turisti e pendolari. Il ministro Matteoli replica che il divieto di fermata intermedia imposto dalle ferrovie italiane è legittimo.

20 Gennaio. La prima commissione legislativa del Consiglio provinciale tratta i disegni di legge sulla toponomastica. Bocciati i disegni di legge di Verdi e di Süd-Tiroler Freiheit mentre il ddl della Svp passa alla discussione articolata. I consiglieri Alessandro Urzì, Maurizio Vezzali e Donato Seppi chiedono un vertice di tutti i partiti italiani per fermare il blitz della Svp.

La Giunta esecutiva dell'APA approva la richiesta di aspettativa di Hanspeter Munter. Gli subentra Thomas Pardeller.

La "Neue Südtiroler Tageszeitung" pubblica l'elenco degli otto Cda in cui siede il neopresidente dell'IPES Konrad Pfitscher mentre la legge provinciale 12/2007 ne prevede un massimo di tre.

21 Gennaio. In Val Badia si apre il vertice dei Ministeri degli esteri della UE sulla neve organizzato da Franco Frattini. Al summit anche l'alta rappresentante della politica estera UE, Catherine Ashton.

Il deputato Svp Siegfried Brugger annuncia che la Svp voterà la mozione di sfiducia al Ministro dei Beni culturali Sandro Bondi.

Konrad Pfitscher annuncia che lascerà alcuni Cda per mantenere la presidenza dell'IPES.

22 Gennaio. In Alta Badia i ministri degli esteri si confrontano sulla rivolta esplosa in Nord Africa. Anche a Bolzano i tunisini scendono in piazza contro la repressione imposta dal regime di Ben Ali.

24. Januar. Die Landesregierung nimmt den Beschluss zur Begrenzung der Laufzeit von Verträgen der Direktoren in Landesbetrieben und Betrieben mit Landesbeteiligung an.

Die SVP gibt die vorgezogene Entscheidung des SVP-Abgeordneten Siegfried Brugger bekannt: Die Partei werde eine Misstrauensstimme gegenüber Bondi abgeben, der verantwortlich dafür ist, dass die Geldmittel für die Restauration des Siegesdenkmals freigegeben wurden. Durnwalder erklärt der Ansa, dass der Minister ein Signal geben muss, wenn er das Vertrauen haben will. Wenige Stunden danach kommt die Antwort Bondis: Man werde in einen Dialog treten, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.

25. Januar. Angesichts des Misstrauensantrags kommt es zu umfangreichen Verhandlungen zwischen Bondi und der SVP. Daran beteiligt ist auch der Parteivorsitzende des PdL in der Abgeordnetenversammlung, Fabrizio Cicchitto.

26. Januar. Wenige Stunden vor dem Misstrauensvotum erhält Durnwalder einen Brief von Bondi: Die Arbeiten am Siegesdenkmal werden unterbrochen, der Weg für die Verlagerung des Mussolini-Reliefs auf dem Gerichtsplatz und des Alpini-Denkmal in Bruneck frei gemacht, das Ok für die erläuternden Texttafeln bei den Beinhäusern gegeben. Die SVP jubelt, die lokalen Mitte-rechts-Parteien protestieren: „Unsere Regierung hat uns betrogen.“ Auch der PD kritisiert das Übereinkommen. Bondi erhält die Vertrauensstimmen der SVP, aber diese sind nicht entscheidend.

Landesrat Roberto Bizzo (PD) stellt das Einwanderungsgesetz vor: Die Pflicht der dreijährigen Berufstätigkeit im Land fällt weg, weil sie mit den staatlichen Normen nicht vereinbar ist. Das Zentrum für Antidiskriminierung wird unter die direkte Kontrolle des Landes gestellt. Kritik kommt von den Organisationen der Einwanderer.

27. Januar. Der Bondi-Brief wird zu einem nationalen Fall. Auch Alessandra Mussolini und der Parteivorsitzende des PdL im Senat, Maurizio Gasparri, stellen sich gegen den ehemaligen Minister. Maurizio Vezzali, Landesrat der PdL, schließt die Bildung „einer neuen politischen Kraft“ nicht aus.

Von Bozen aus startet der „Zug der Erinnerung“: 150 SchülerInnen und StudentInnen besuchen Auschwitz.

28. Januar. Die Fiom (Federazione Impiegati Operai Metallurgici) demonstriert in Bozen vor dem Iveco-Gebäude gegen den neuen Tarifvertrag.

Die PdL-Abgeordnete Michaela Biancofiore trifft ihre Unterstützer, welche die Partei nach dem Brief Bondis verlassen wollen. Der Abgeordnete Giorgio Holzmann kündigt an: „Wenn der Duce entfernt wird, trete ich als Abgeordneter zurück.“

24 Gennaio. La Giunta approva la delibera che limita la durata dei contratti dei direttori delle società pubbliche, finora quasi tutti a tempo indeterminato.

La Svp ufficializza la decisione anticipata da Brugger: il partito voterà la sfiducia al ministro Bondi, colpevole di aver sbloccato i fondi per il restauro del Monumento alla Vittoria. All'Ansa Durnwalder dichiara che il ministro, se vuole la fiducia, deve dare qualche segnale. Poche ore dopo arriva la replica di Bondi: dialoghiamo per superare le divisioni.

25 Gennaio. Trattative a ritmo serrato tra Bondi e la Svp in vista della mozione di sfiducia. In campo anche il capogruppo del Pdl alla Camera Fabrizio Cicchitto.

26 Gennaio. Lettera di Bondi a Durnwalder poche ore prima del voto di fiducia: interruzione dei lavori al Monumento alla Vittoria, via libera allo spostamento del duce a cavallo di piazza del Tribunale e dell'alpino di Brunico, ok alle targhe commemorative davanti agli ossari. La Svp esulta, il centrodestra locale protesta: il nostro governo ci ha traditi. Anche il Pd critica l'accordo. Bondi ottiene il voto di fiducia della Svp, ma i voti Svp non sono decisivi.

L'assessore Roberto Bizzo (Pd) presenta la legge sull'immigrazione: scompare l'obbligo dei tre anni di lavoro perché incompatibile con le norme nazionali. Il centro antidiscriminazioni sarà sotto il controllo diretto della Provincia. Critiche le associazioni di immigrati.

27 Gennaio. La lettera di Bondi diventa un caso nazionale. Contro l'ex ministro intervengono anche Alessandra Mussolini e il capogruppo del Pdl al senato Maurizio Gasparri. Il consigliere provinciale del Pdl Maurizio Vezzali ipotizza la creazione di un partito territoriale.

Da Bolzano parte il Treno delle Memoria: 150 studenti in visita ad Auschwitz.

28 Gennaio. La Fiom manifesta davanti all'Iveco contro il piano Marchionne.

La deputata Pdl Michaela Biancofiore incontra i suoi sostenitori che vogliono lasciare il partito dopo la lettera di Bondi. L'onorevole Giorgio Holzmann annuncia: "se tolgono il duce mi dimetto da deputato".

29. Januar. Filippo Forest, Gianni Cuda und Roberto Fracchetti verlassen nach dem Übereinkommen zwischen Durnwalder und Bondi den PdL.

Die neofaschistische Vereinigung CasaPound kündigt auf Facebook eine nationale Demonstration in Bozen an.

31. Januar. Silvio Berlusconi lädt die militanten Vertreter des PdL, die nach dem Bondi-Brief aus der Partei austreten wollen, nach Arcore ein.

Februar

1. Februar. Die von der SVP geplante Wahl von Julia Unterberger zur Landtagspräsidentin scheitert am geschlossenen Widerstand der Opposition.

Die österreichische Regierung beschließt, den Brennerbasistunnel (BBT) bis 2016 mit 1,3 Milliarden Euro zu finanzieren.

2. Februar. Der Streit im Landesverband der Handwerker (LVH) geht weiter. Der gesamte Exekutivausschuss des LVH tritt zurück.

3. Februar. Der ehemalige Landtagspräsident Dieter Steger, der nach einem Urteil des Landesgerichts den Landtag verlassen musste, weil er zum Zeitpunkt der Wahl im Verwaltungsrat einer Gesellschaft mit öffentlicher Beteiligung saß, kehrt als Direktor zum Handels- und Dienstleistungsverband (hds) zurück. Beim hds muss Werner Frick, der als ehemaliger Landesrat Steger als Ressortdirektor beschäftigt hatte, diesem Platz machen.

7. Februar. Das Mussolini-Relief am Gebäude des Finanzamts in Bozen soll musealisiert werden – eventuell auch vor Ort. Wie diese Vorgabe am besten umgesetzt werden kann, will die Landesregierung mit einem Ideenwettbewerb herausfinden. BewerberInnen haben einen Monat lang Zeit, Vorschläge einzureichen.

Das Land Südtirol wird sich nicht offiziell an den Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum der Einheit Italiens beteiligen. Dies hat die Landesregierung beschlossen. Die Nicht-Beteiligung sei allerdings in keinem Fall gleichzusetzen mit einem Feier-Verbot, so Landeshauptmann Luis Durnwalder.

8. Februar. In der ersten Gesetzgebungskommission des Landtages blockieren die italienischen Rechtsparteien das Toponomastikgesetz der SVP.

29 Gennaio. Filippo Forest, Gianni Cuda e Roberto Fracchetti lasciano il Pdl in polemica con Bondi.

Su facebook CasaPound annuncia una manifestazione nazionale a Bolzano.

31 Gennaio. Silvio Berlusconi invita ad Arcore i militanti del Pdl che vogliono uscire dal partito in seguito alla lettera di Bondi.

Febbraio

1° Febbraio. L'elezione di Julia Unterberger a presidente del Consiglio provinciale, programmata dalla Svp, fallisce per l'ostruzionismo della minoranza.

Il Governo austriaco decide di finanziare fino al 2016, con 1,3 miliardi di euro, la Galleria di Base del Brennero (BBT).

2 Febbraio. La controversia interna all'Associazione provinciale dell'artigianato (APA) prosegue. L'intera Giunta esecutiva si dimette.

3 Febbraio. L'ex Presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger, che dopo una sentenza del tribunale di Bolzano aveva dovuto abbandonare il Consiglio (perché al momento dell'elezione sedeva nel Cda di una società a partecipazione pubblica maggioritaria), torna a rivestire la carica di Direttore dell'Unione commercio turismo servizi. Werner Frick, che in veste di assessore aveva conferito a Steger la direzione del dipartimento, deve fare un passo indietro nell'Unione.

7 Febbraio. Il bassorilievo di Mussolini sul Palazzo degli Uffici Finanziari a Bolzano deve essere collocato in un museo – eventualmente anche in loco. Per decidere in che modo applicare la direttiva, la Giunta vuole bandire un concorso di idee. I partecipanti hanno un mese di tempo per inoltrare le proposte.

La Provincia di Bolzano non aderirà ufficialmente alle celebrazioni per il centocinquantesimo anniversario dell'Unità d'Italia. A deciderlo è stata la Giunta provinciale. Tuttavia, la non adesione non sarebbe da intendere in nessun modo come un divieto di festeggiamento, rende noto il Presidente della Provincia Luis Durnwalder.

8 Febbraio. Nella prima commissione legislativa del Consiglio provinciale i partiti italiani della destra bloccano la legge sulla toponomastica della Svp.

10. Februar. Der Generalrat des LVH wählt Gert Lanz zum neuen Verbandspräsidenten. Der bisherige Präsident Walter Pichler, der die Wahl verliert, hatte einen klaren Wechsel im Verband und in der LVH-Genossenschaft gefordert, brachte im Generalrat diese Forderung aber nicht durch.

11. Februar. Staatspräsident Giorgio Napolitano zeigt sich in einem Schreiben an Landeshauptmann Luis Durnwalder „überrascht und betrübt“ über dessen Äußerungen zu den Feiern zum 150. Jubiläum der Einigung Italiens. In seiner Reaktion auf das Schreiben geht Durnwalder zwar nicht direkt auf die Sichtweise Napolitanos ein, versucht aber, die Argumente des Landes zu erläutern. So unterstreicht Durnwalder noch einmal, dass er vollstes Verständnis für all jene habe, die das Einheits-Jubiläum feiern wollten. Dasselbe Maß an Verständnis erhoffe er sich auch für jene, die keinen Grund zum Feiern sehen.

Der Staatsrat gibt dem Antrag des Landes auf eine Aussetzung des Urteils statt, das die Einsichtnahme in die Verträge zwischen SEL, Enel und Edison verfügt hatte.

14. Februar. Die Staatsanwaltschaft in Prag bestätigt Medienberichte, wonach der Meraner Publizist und Jugendarbeiter Thomas Sigmund in der tschechischen Hauptstadt in U-Haft sitzt.

15. Februar. Der Regionalrat verabschiedet den Gesetzesentwurf über die *Beteiligung der von den Autonomen Provinzen errichteten Räte der örtlichen Autonomien am Rechtssetzungsprozess der Region*. Dieses Gesetz erlaubt es den Gemeinden über den Rat der Gemeinden Gesetzesentwürfe direkt in die Regionalregierung einzubringen.

Südtirols Gemeinden drängen auf eine verpflichtende Abgabe zur Finanzierung der Tourismusvereine. Derzeit bezahlen die Gastbetriebe die Abgabe noch freiwillig, die Differenz geht auf Kosten der Gemeinden.

17. Februar. Nach zehn Jahren hat der italienische Fußballverband FIGC dem FC Südtirol die Zustimmung erteilt, seinen Vereinssitz von Brixen nach Bozen zu verlegen.

18. Februar. An der Freien Universität Bozen wird mit Unterstützung des Landes Südtirol ein Zentrum für Regionalgeschichte eingerichtet. Das Zentrum soll Forschung und Wissensvermittlung für alle drei Sprachgruppen betreiben.

10 Febbraio. Il Consiglio generale dell'Associazione provinciale dell'artigianato (APA) elegge Gert Lanz nuovo Presidente dell'Associazione. Il Presidente uscente Walter Pichler, che viene battuto alle elezioni, aveva richiesto un netto cambiamento all'interno dell'associazione e della cooperativa APA. Con le sue richieste, però, non riesce ad affermarsi nel Consiglio generale.

11 Febbraio. Il Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano, in una lettera al Presidente della Provincia Luis Durnwalder, si mostra “sorpreso e rammaricato” per le decisioni riguardanti le celebrazioni per il centocinquantésimo anniversario dell'Unità d'Italia. Nella sua reazione alla lettera, Durnwalder non si occupa direttamente del pensiero di Napolitano, ma cerca di illustrare le motivazioni della Provincia. In questo modo, Durnwalder sottolinea ancora una volta di avere piena comprensione per coloro che intendano celebrare l'anniversario. La stessa comprensione la auspica per coloro che non trovino ragioni per festeggiare.

Il Consiglio di Stato accoglie la richiesta della Provincia di Bolzano di sospendere la sentenza che aveva disposto l'accesso ai contratti stipulati tra Sel, Enel e Edison.

14 Febbraio. La Procura della Repubblica di Praga conferma i resoconti dei media secondo cui il meranese Thomas Sigmund, giornalista pubblicista e attivo nel mondo giovanile, si troverebbe in carcere nella capitale ceca.

15 Febbraio. Il Consiglio regionale approva il disegno di legge in tema di “partecipazione dei Consigli delle Autonomie locali delle Province autonome all'attività legislativa e amministrativa della Regione”. Questa legge permette ai Comuni di presentare disegni di legge direttamente alla Giunta regionale, attraverso il Consiglio delle Autonomie locali.

I Comuni altoatesini sollecitano una tassa obbligatoria per il finanziamento delle Associazioni turistiche. Attualmente le attività alberghiere pagano la tassa in maniera volontaria, la rimanenza viene coperta dai Comuni.

17 Febbraio. Dopo dieci anni la Federazione italiana giuoco calcio FIGC concede al FC Südtirol il permesso di trasferire la sede dell'associazione da Bressanone a Bolzano.

18 Febbraio. Presso la Libera Università di Bolzano viene istituito, con il sostegno della Provincia, un centro di storia regionale. Il centro dovrà promuovere ricerche e mediazione per i tre gruppi linguistici.

Die sogenannte Schilderstreit-Kommission (Karl Rainer, Ferdinand Willeit, Guido Denicolò, Francesca De Carlini und Hugo Valentin), die nach der Übereinkunft zwischen Landeshauptmann Luis Durnwalder und Regionenminister Raffaele Fitto eingesetzt worden war, hat über 1.500 Namen verhandelt und konnte sich bis auf eine Ausnahme in allen Fällen einigen.

21. Februar. Von 1937 bis 1939 wurden in der Nähe der wichtigsten Grenzübergänge des Landes drei Beinhäuser errichtet: in Burgeis (1939), bei Gossensaß (1937) und bei Innichen (1939). Die hierher umgebetteten Gebeine stammen aus zum Teil auch weit entfernten Soldatenfriedhöfen Italiens. Die Ehrenmäler sind dem Gedenken der gefallenen italienischen Soldaten gewidmet, enthalten aber auch die sterblichen Überreste von österreichischen Soldaten. In Zukunft sollen die BesucherInnen mithilfe erklärender Tafeln informiert werden. Dies wurde möglich, nachdem Kulturminister Sandro Bondi im Jänner Landeshauptmann Durnwalder verschiedene Zusagen zur Entschärfung der faschistischen Denkmäler in Südtirol gemacht hatte.

Ohne detaillierte Finanzierungsvereinbarung des Brennerbasistunnels ist die ÖBB nicht bereit, das Unternehmen einem unzumutbaren Risiko auszusetzen.

22. Februar. Der Landessozialausschuss der SVP bestätigt Christoph Gufler als SVP-Arbeitnehmerchef. Als Arbeitsschwerpunkte sieht Gufler die IRPEF-Senkung, die Familienförderung, Zusatzrente und Abfertigung, den Wohnbau und den Verbraucherschutz.

23. Februar. Nachdem die beiden SVP-Senatoren Helga Thaler Außerhofer und Manfred Pinzger aufgrund von Streitigkeiten mit der UDC angekündigt hatten, im Senat eine eigene Fraktion zu gründen, rudert Pinzger wieder zurück: Es habe mit Fraktionssprecher Gianpiero D'Alia (UDC) ein klärendes Gespräch gegeben, das Projekt einer neuen Fraktion sei deshalb hinfällig.

24. Februar. Die Bewerbung des Nordosten Italiens – inklusive Südtirol – als Europäische Kulturhauptstadt 2019 nimmt konkrete Formen an. Die sechs Partner haben in Bozen das Bewerbungskomitee aus der Taufe gehoben und damit den Startschuss zur operativen Phase der Bewerbung gegeben.

Laut Eurostat gehört Südtirol wieder zu den 25 reichsten Regionen Europas. Erstmals seit Einführung dieser jährlichen Erhebung im Jahr 2003 hat Südtirol ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als die Lombardei.

La Commissione toponomastica (Karl Rainer, Ferdinand Willeit, Guido Denicolò, Francesca De Carlini e Hugo Valentin) istituita dopo l'accordo tra il Presidente Luis Durnwalder e il Ministro per gli Affari regionali Raffaele Fitto, ha trattato oltre 1.500 nomi ed è riuscita ad accordarsi su tutti i casi con una sola eccezione.

21 Febbraio. Dal 1937 al 1939, nelle vicinanze dei maggiori valichi di confine, vengono costruiti tre ossari: a Burgusio (1939), presso Colle Isarco (1937) e presso San Candido (1939). Le ossa qui custodite provengono, in parte, anche da lontani cimiteri di guerra italiani. I monumenti sono dedicati alla commemorazione dei caduti italiani, ma gli ossari contengono anche resti di soldati austriaci. In futuro, i visitatori dovranno esserne informati attraverso targhe esplicative. Ciò è reso possibile dopo che, nel mese di gennaio, il Ministro dei Beni Culturali Sandro Bondi aveva promesso più volte a Durnwalder di depotenziare i monumenti fascisti in Alto Adige.

In mancanza di un accordo finanziario dettagliato sulla Galleria di Base del Brennero, ÖBB non è disposta ad esporre l'azienda a un irragionevole rischio.

22 Febbraio. Il comitato sociale della Svp conferma Christoph Gufler a capo degli Arbeitnehmer (corrente sociale del partito, *ndt*). Come punti chiave in tema di lavoro Gufler individua l'abbassamento dell'IRPEF, incentivi alle famiglie, pensione integrativa e TFR, edilizia abitativa e tutela dei consumatori.

23 Febbraio. Dopo che i due senatori Svp Helga Thaler Außerhofer e Manfred Pinzger avevano annunciato, a causa di conflitti con l'Udc, l'intenzione di fondare in Senato un gruppo proprio, Pinzger ritratta: con il presidente del gruppo Gianpiero D'Alia (Udc) ci sarebbe stato un colloquio chiarificatore, il progetto di un nuovo gruppo sarebbe dunque nullo.

24 Febbraio. La candidatura del Nord-Est Italia a capitale europea della cultura – compreso l'Alto Adige – prende forma concreta. I sei partner territoriali hanno fondato a Bolzano il Comitato fondatore per la candidatura e dato il via alla fase operativa.

Secondo l'Eurostat l'Alto Adige rientra nelle 25 regioni europee più ricche. Per la prima volta dall'introduzione del rilevamento, nel 2003, l'Alto Adige ha un Pil pro capite superiore a quello della Lombardia.

25. Februar. Im Alter von 89 Jahren stirbt der *italienische Autonomievater* Alcide Berloff. Von 1948 bis 1953 saß er im Bozner Gemeinderat, danach vier Legislaturperioden in der römischen Abgeordnetenversammlung, von 1977 bis 1994 war er Staatsrat, dazu jahrelang der wichtigste Südtirol-Berater der römischen Regierung.

Mit dem Programm *1.000 Wohnungen für den Mittelstand* will die Landesregierung die Wohnproblematik der SüdtirolerInnen mit mittlerem Einkommen entschärfen. Der zuständige Landesrat Christian Tommasini hat verkündet, dass innerhalb 2011 die ersten 60 Wohnungen des Mittelstandsprogramms im neuen Bozner Stadtviertel Kaiserau bezugsfertig sein werden.

26. Februar. Nach elf Jahren gibt Martha Stocker den SVP-Frauen-Vorsitz an Angelika Margesin Mattuzzi ab. Den neuen SVP-Frauen-Ausschuss bilden neben Margesin Renate Gebhard, Wally Kössler Thaler und Ingeborg Dejacco Ties.

28. Februar. Landeshauptmann Durnwalder befürwortet das Projekt des österreichischen Architekten Boris Podrecca zur Neugestaltung des Bozner Bahnhofsbereichs. Das Projekt sieht die Verlegung der Gleisstränge in Richtung Süden und die Bebauung der dadurch frei werdenden Flächen im Herzen der Stadt vor.

März

1. März. Die Lehrpersonen der italienischen Schulen drängen auf die Einführung des mehrsprachigen Unterrichts und möchten in die Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der SVP und des PD mit einbezogen werden.

Im Bozner Dom findet die Beerdigung von Alcide Berloff statt, einem der Väter der Autonomie.

2. März. Julia Unterberger (SVP) wird zur Präsidentin des Landtags gewählt. Die SVP steht nicht geschlossen hinter Unterberger, die Stimmen der italienischen Landesräte sind ausschlaggebend.

25 Febbraio. Alcide Berloff, “padre dell’autonomia italiana”, muore all’età di 89 anni. Dal 1948 al 1953 in Consiglio comunale a Bolzano, poi alla Camera dei deputati per quattro legislature, dal 1977 al 1994 nel Consiglio di Stato e a lungo il più importante consulente dell’Alto Adige del Governo italiano.

Con il programma “1.000 alloggi per il ceto medio” la Giunta provinciale vuole contribuire a risolvere il “problema della casa” per gli altoatesini di medio reddito. L’assessore competente Christian Tommasini ha annunciato che entro il 2011 i primi 60 alloggi del programma per il ceto medio saranno abitabili a Bolzano, nel nuovo quartiere di Kaiserau.

26 Febbraio. Dopo undici anni Martha Stocker affida la presidenza delle donne Svp ad Angelika Margesin Mattuzzi. Oltre a Margesin fanno parte del comitato anche Renate Gebhard, Wally Kössler Thaler e Ingeborg Dejaco Ties.

28 Febbraio. Il Presidente della Provincia Durnwalder appoggia il progetto dell’architetto austriaco Boris Podrecca sulla riqualificazione dell’areale ferroviario di Bolzano. Il progetto prevede lo spostamento del tracciato ferroviario a sud e la costruzione di edifici nelle aree liberate nel cuore della città.

Marzo

1° Marzo. I docenti delle scuole italiane spingono per una didattica plurilingue e chiedono di essere coinvolti nel gruppo di lavoro Svp-Pd.

Nel Duomo di Bolzano i funerali di Alcide Berloff, uno dei padri nobili dell’Autonomia.

2 Marzo. Julia Unterberger della Svp viene eletta Presidente del Consiglio provinciale. Quattro i franchi tiratori della Stella alpina, decisivi i consiglieri italiani.

5. März. Relikte des Faschismus: Zwei Demonstrationzüge stehen sich in Bozen gegenüber. Auf der einen Seite stehen die Anhänger der rechtsextremen CasaPound, die aus ganz Italien zur Verteidigung des Siegesdenkmals in Bozen eintreffen, auf der anderen Seite die Teilnehmer an der von der Associazione Nazionale Partigiani d'Italia (Nationale Vereinigung der italienischen Partisanen) organisierten Gegendemonstration. Tausend Personen auf der einen, fünfhundert auf der anderen Seite. Man befürchtet einen Zusammenstoß, der glücklicherweise ausbleibt.

Die Provinz erhebt Anspruch auf die RAI-Kompetenzen: zurückhaltendes Treffen zwischen den Abgeordneten der SVP und dem Sprecher Berlusconis, Paolo Bonaiuto.

6. März. Eine Arbeitsgruppe beginnt mit der Ausarbeitung eines Konzepts für die Realisierung eines Dokumentationszentrums über den Faschismus in der Krypta des Siegesdenkmals. Sie hat einen Monat Zeit, um die Gemeinde, die Provinz und die zuständigen Institutionen des Staates zu überzeugen.

7. März. Landesrätin Sabina Kasslatte Mur stoppt den Antrag des PD, in den deutschen Kindergärten auch italienische Lehrkräfte einzusetzen. Aber die Volkspartei ist gespalten.

Vittorio Sgarbi besucht Bozen und vergleicht die italienischen Südtiroler mit den Juden unter Hitler. Diese Aussage löst bei der SVP Empörung aus, bei den Rechtsparteien Verlegenheit.

9. März. Eine Woche vor den Feierlichkeiten zur 150-jährigen Einheit Italiens und nach der klaren Verweigerung des Landeshauptmanns Luis Durnwalder nach Rom zu fahren, zeigen sich nun auch die Landesräte Christian Tommasini und Roberto Bizzo unentschlossen.

10. März. Die Vorbehalte werden aufgegeben: Christian Tommasini wird mit Bozens Bürgermeister Luigi Spagnolli nach Rom zu den Feierlichkeiten fahren. Der Landeshauptmannstellvertreter hat den Auftrag, als Wiedergutmachung für das angekündigte Fernbleiben Durnwalders den Staatspräsidenten nach Südtirol einzuladen.

12. März. Weitere Polemiken in Bezug auf die Feierlichkeiten am 17. März: Durnwalder widersetzt sich der Anordnung des Italienischen Nationalen Olympischen Komitees (Coni), vor Sportveranstaltungen die italienische Nationalhymne zu spielen.

14. März. Die Landesregierung und die Stadt Bozen nominieren eine fünfköpfige Kommission, welche die 483 eingereichten Vorschläge des Ideenwettbewerbs zur Entschärfung der faschistischen Relikte prüfen soll. Dazu gehören: Letizia Ragaglia, Hans Karl Peterlini, Wolfgang Piller, Nadia Moroder, Giorgio Mezzalana.

5 Marzo. Relitti del fascismo: due cortei si fronteggiano per le vie di Bolzano. Ci sono gli estremisti di destra di CasaPound che arrivano da tutta Italia a difesa del Monumento alla Vittoria, e c'è la contromanifestazione organizzata dall'Associazione Nazionale Partigiani d'Italia (Anpi). Mille da una parte, cinquecento dall'altra. Si teme uno scontro che fortunatamente non si verifica.

La Provincia rivendica la competenza sulla RAI: incontro riservato dei deputati Svp col portavoce di Berlusconi, Paolo Bonaiuti.

6 Marzo. Si insedia il gruppo di lavoro degli esperti incaricato di elaborare il progetto per la realizzazione di un Centro di documentazione sui fascismi nella cripta del Monumento alla Vittoria. Hanno un mese di tempo per convincere Comune, Provincia e Soprintendenza.

7 Marzo. Negli asili tedeschi nessuna maestra italiana. L'assessora Sabina Kasslatter Mur stoppa la proposta Pd. Ma la Volkspartei si spacca.

Vittorio Sgarbi in visita a Bolzano, paragona gli altoatesini di lingua italiana agli ebrei sotto Hitler. Reazione sdegnata della Svp, imbarazzo a destra.

9 Marzo. A una settimana dalle celebrazioni del 17 marzo per i 150 anni dell'Unità d'Italia e dopo il netto rifiuto del Presidente Luis Durnwalder di andare a Roma, anche gli assessori Christian Tommasini e Roberto Bizzo si mostrano incerti.

10 Marzo. Sciolte le riserve: Christian Tommasini a Roma con il Sindaco di Bolzano Luigi Spagnoli. Per ricucire lo "strappo" di Durnwalder, il vicepresidente della Giunta provinciale avrà l'incarico di invitare il Presidente della Repubblica a venire in visita in Alto Adige.

12 Marzo. Ancora polemiche in vista del 17 marzo: no di Durnwalder alla direttiva del Comitato Olimpico Nazionale Italiano (Coni) che impone nei campi sportivi l'esecuzione dell'inno nazionale.

14 Marzo. Provincia e Comune di Bolzano nominano una commissione di cinque esperti incaricata di esaminare le 483 proposte del concorso di idee per la storicizzazione dell'altorilievo del duce a cavallo in Piazza del Tribunale, a Bolzano. Sono Letizia Raggia, Hans Karl Peterlini, Wolfgang Piller, Nadia Moroder e Giorgio Mezzalana.

17. März. In Rom und in Bozen finden Feierlichkeiten zur 150-jährigen Einheit Italiens statt. Sie verlaufen ruhig, die deutschsprachigen Parteien bleiben den Veranstaltungen fern. Die Schützen hissen am Haus der Kultur in Bozen eine große österreichische Fahne und versehen sie mit Trauerflor.

18. März. Der ehemalige Bürgermeister von Bozen, Giovanni Salghetti Drioli, beschuldigt die Landesregierung vor dem Rathaus hätte es nur ein Fahnenhissen nach Art der *Carbonari* (Bewegung innerhalb des italienischen Einigungsprozesses) gegeben, nach fünf Minuten sei alles vorbei gewesen. Landeshauptmannstellvertreter Christian Tomasini rechtfertigt sich: Wir wollten die Gemüter nicht erhitzen.

20. März. Wieder eine 150-Jahr-Feier: In Bozen macht die Militärkapelle der *Bersaglieri* einen Umzug. Über tausend Bozner schauen zu, alle italienischen Parteien sind vertreten: Es ist eine Prüfung der Wiedergutmachung nach den Polemiken um den 17. März. Alle haben bestanden, nur die SVP glänzt erneut durch Abwesenheit.

23. März. Die SVP-Fraktion im Bozner Stadtrat verlangt, unterstützt von elf Kulturvereinen, einen Gemeindereferenten für deutsche Kultur.

24. März. Für den Präsidenten des Gemeindenverbandes und Bürgermeister von Völs, Arno Kompatscher, gibt es Lob, weil er am Konzert der Alpini-Kapelle im Auditorium Haydn teilnimmt.

25. März. Nach den Polemiken um die politische Kontrolle über die Informationssendungen auf den Kanälen der RAI verzichten die SVP-Abgeordneten Siegfried Brugger und Karl Zeller auf die Durchführungsbestimmung über die Übertragung der Zuständigkeit der RAI.

26. März. SVP-Landesversammlung in Meran: Obmann Richard Theiner und Landeshauptmann Durnwalder unterstreichen die Notwendigkeit eines verstärkten Dialogs zwischen den Sprachgruppen.

28. März. Erste Sitzung der Arbeitsgruppe von SVP und PD über den Sprachenerwerb in den Schulen.

29. März. Die Regelung der direkten Demokratie spaltet die SVP. Der von der SVP ausgearbeitete Gesetzesentwurf macht nur kleine Fortschritte und trifft auf Widerstand bei den Bezirksgemeinschaften Eisacktal und Pustertal. Theiner ist zuversichtlich, dass man sich innerhalb der Partei auf ein positives Ergebnis einigen kann.

17 Marzo. A Roma e a Bolzano festeggiamenti per i 150 anni dell'Unità d'Italia. Il clima è tranquillo, i partiti di lingua tedesca disertano l'appuntamento. Alla Haus der Kultur di Bolzano, gli Schützen espongono una grande bandiera austriaca listata a lutto.

18 Marzo. L'ex-sindaco di Bolzano Giovanni Salghetti Drioli accusa la Giunta: davanti al Municipio un'alzabandiera da carbonari, cinque minuti e tutto è finito. Il vicepresidente della Giunta provinciale, Tommasini, si giustifica: non volevamo esacerbare gli animi.

20 Marzo. Nuovo appuntamento per le celebrazioni dei 150 anni. A Bolzano sfila la fanfara dei bersaglieri. Oltre mille i bolzanini che assistono, presenza bipartisan dei politici di lingua italiana: è l'esame di riparazione dopo le polemiche sul 17 marzo. Tutti promossi. Svp ancora assente.

23 Marzo. La Volkspartei di Bolzano, supportata da undici associazioni culturali, chiede un referente comunale per la cultura tedesca.

24 Marzo. Applausi per il Presidente del Consorzio dei Comuni e Sindaco di Fiè, Arno Kompatscher, per la sua presenza al concerto della fanfara degli alpini all'Auditorium Haydn.

25 Marzo. Dopo le polemiche sul controllo politico dell'informazione televisiva, i deputati Svp Siegfried Brugger e Karl Zeller rinunciano alla norma di attuazione sulla provincializzazione della Rai.

26 Marzo. Congresso Svp a Merano: il segretario Richard Theiner e il Presidente della Giunta provinciale Luis Durnwalder, sottolineano la necessità di un dialogo più stretto tra i gruppi linguistici.

28 Marzo. Prima riunione del gruppo di lavoro Pd-Svp sull'apprendimento delle lingue a scuola.

29 Marzo. La questione democrazia diretta spacca la Volkspartei. La proposta di legge elaborata in casa della Stella alpina procede a rilento e si scontra con le resistenze dei comprensori della Val d'Isarco e della Pusteria. Theiner si dice comunque fiducioso in un esito positivo del dibattito dentro il partito.

April

2. April. Die in der Bevölkerung nicht immer unumstrittene Landesenergiegesellschaft SEL feiert ihren zehnten Geburtstag. Der Präsident der SEL, Klaus Stocker, spricht von einer „europaweiten Erfolgsgeschichte“.

Die Junge Generation in der Südtiroler Volkspartei (SVP), die Junge Tiroler Volkspartei (ÖVP) und die Giovani del PATT (Partito Autonomista Trentino Tirolese) gründen die Junge Europaregion Tirol. Zum ersten Präsidenten wird SVP-Landessekretär Philipp Achammer gewählt.

4. April. Die Flüchtlingswelle aus Nordafrika nimmt zu. Landeshauptmann Luis Durnwalder spricht sich aber gegen ein Auffanglager in Sterzing aus, wie es der italienische Staat beabsichtigt. Südtirol will jedoch 20 Flüchtlinge an verschiedenen Orten aufnehmen.

Die Geschäftsordnungskommission des Landtages beschließt einstimmig 50 Bestimmungen zur Aufwertung des Landtages.

5. April. Laut Tageszeitung „Dolomiten“ ist der Landtag im laufenden Jahr nicht sehr produktiv. Durchschnittlich werden zwei Sitzungstage pro Monat abgehalten.

Der Südtiroler Landtag ist aufgrund des Mailänder Abkommens seit dem 1. Jänner 2010 dazu befugt, Gemeindesteuern mit Landesgesetz zu regeln – bisher ist in dieser Hinsicht jedoch noch nichts geschehen. Die Sechserkommission mahnt den Südtiroler Landtag zum Handeln.

6. April. Das Radioangebot des Senders Bozen der RAI soll zum Minderheitenprogramm werden: Rund um die Uhr soll auf Deutsch und Ladinisch, aber nicht mehr auf Italienisch gesendet werden. Das fordert das Land Südtirol, das die dementsprechende Finanzierung übernehmen will, von der RAI-Direktion in Rom.

Nach einem Treffen mit Innenminister Roberto Maroni und Regionenminister Raffaele Fitto erklärt Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Berger, dass Südtirol 50 Flüchtlinge aus Nordafrika aufnehmen wolle. Diese sollten im Ex-Saetta-Gebäude in Bozen sowie in Containern auf Kasernen-Grundstücken untergebracht werden.

Der Landtag hat sich für die Einsetzung zweier Sonderkommissionen ausgesprochen: eine zum Erlernen der Zweitsprache und eine zur Ortsnamen-Regelung.

Aprile

2 Aprile. La società elettrica altoatesina Sel, non sempre incontestata tra la popolazione, festeggia il suo decimo compleanno. Il Presidente della Sel, Klaus Stocker, parla di una “storia di successo a livello europeo”.

Il movimento giovanile della Südtiroler Volkspartei (Svp), i Giovani austriaci della Österreichische Volkspartei (Övp) e i Giovani del PATT (Partito autonomista trentino tirolese) fondano la Junge Europaregion Tirol (Giovane Euroregione Tirolese). Come primo Presidente viene eletto il segretario provinciale della Svp Philipp Achammer.

4 Aprile. I flussi migratori dal Nord Africa si fanno più intensi. Il Presidente della Giunta provinciale, Luis Durnwalder, si dichiara contrario all’istituzione di un Cie (centro di identificazione ed espulsione) a Vipiteno, come prospettato dallo Stato italiano. L’Alto Adige vuole tuttavia accogliere in diversi luoghi 20 profughi.

La commissione per il regolamento interno del Consiglio provinciale approva all’unanimità 50 disposizioni sulla rivalutazione del Consiglio provinciale.

5 Aprile. Secondo il quotidiano “Dolomiten”, nell’anno corrente il Consiglio provinciale non è molto produttivo. In media si tengono due sedute al mese.

In base all’Accordo di Milano, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano è autorizzato, a partire dal 1 gennaio 2010, a regolamentare con legge provinciale anche in materia di imposte comunali. A questo riguardo, però, non si è ancora verificato nulla. La Commissione dei Sei esorta il Consiglio ad agire.

6 Aprile. L’offerta radiotelevisiva Rai dell’emittente di Bolzano deve diventare programma per le minoranze. Ventiquattr’ore su ventiquattro si deve trasmettere unicamente in tedesco e ladino e non più in italiano. A chiederlo è la Provincia di Bolzano, che vuole subentrare alla direzione romana Rai nel finanziamento delle trasmissioni.

Dopo un incontro con il ministro dell’Interno Roberto Maroni e con il ministro per gli Affari regionali Raffaele Fitto, il vicepresidente Hans Berger dichiara che l’Alto Adige è pronto ad accogliere 50 profughi dal Nord Africa. I profughi dovranno trovare alloggio a Bolzano, nell’edificio ex Saetta e in container all’interno di caserme.

Il Consiglio provinciale si pronuncia a favore di due commissioni speciali, rispettivamente sull’apprendimento della seconda lingua e sulla toponomastica.

Die „Neue Südtiroler Tageszeitung“ bringt unter dem Titel *Die versteckten Beteiligungen* einen Bericht über Treuhandgesellschaften und löst damit eine Diskussion aus, welche Politik und Medien in den kommenden Monaten beschäftigen wird.

7. April. Das Aktionsbündnis *Ja für Wasser als öffentliches Gut* startet eine landesweite Kampagne für die Teilnahme am Referendum über die Privatisierung der Wasserkonzessionen.

9. April. Der Heimatpflegeverband fordert von der Politik ein neues Urbanistik-Gesetz *zum Schutz der Heimat*.

10. April. Der stellvertretende Landeshauptmann Christian Tommasini kritisiert Landeshauptmann Luis Durnwalder. Grund ist der Streit um die Beschilderung der Wanderwege. Das Treffen zwischen Durnwalder und Regionenminister Raffaele Fitto in dieser Sache sei in Ordnung, so Tommasini, aber entscheiden müsse man in der Landesregierung mit dem SVP-Koalitionspartner, dem Partito Democratico (PD).

15. April. Landesrat Thomas Widmann stellt im Rahmen eines runden Tisches den Masterplan zum Flugplatz Bozen vor. Die Vereinigung *Lebenswertes Unterland* und der Dachverband für Natur- und Umweltschutz verlassen den Verhandlungstisch vorzeitig. Der Grund: Sie haben den Masterplan vorab nicht erhalten.

Laut einer Studie des Landesstatistikinstitutes ASTAT erhalten die Frauen in Südtirol um bis zu 30 Prozent weniger Gehalt als die Männer.

18. April. Nach monatelangen verbandsinternen und politischen Streitigkeiten um die Doppelrolle von Hanspeter Munter als Landtagsabgeordneter und Direktor des Landesverbandes der Handwerker (LVH) tritt Thomas Pardeller den Posten als LVH-Direktor an.

In Innsbruck startet die Hauptbauphase des Brennerbasistunnels (BBT).

Die Kommission zur Neugestaltung des Finanzgebäudes mit dem Relief von Benito Mussolini legt der Landesregierung fünf Vorschläge von 486 eingereichten Projekten vor.

20. April. Laut Tageszeitung „Dolomiten“ fordern die Südtiroler Volkspartei, die Freiheitlichen und die Süd-Tiroler Freiheit eine Anhebung der Fraktionsgelder.

La “Neue Südtiroler Tageszeitung” pubblica, con il titolo de “Il coinvolgimento nascosto”, un’inchiesta sulle società fiduciarie. L’inchiesta aprirà una discussione che occuperà la politica e i media per i mesi seguenti.

7 Aprile. Il comitato referendario “2 Sì per l’acqua bene comune” inizia una campagna nazionale per la partecipazione al referendum sulla privatizzazione delle concessioni idriche.

9 Aprile. Lo Heimatpflegeverband (associazione per la difesa del patrimonio locale) chiede alla politica una nuova legge urbanistica “per la protezione della patria”.

10 Aprile. Il vicepresidente Christian Tommasini critica il Presidente Luis Durnwalder. Il motivo è la segnaletica sui sentieri di montagna. L’incontro tra Durnwalder e il ministro per gli Affari regionali Fitto va bene, dice Tommasini, ma le decisioni devono essere prese in Giunta con il partner di coalizione della Svp, cioè il Partito democratico (Pd).

15 Aprile. L’assessore Thomas Widmann presenta, in occasione di una tavola rotonda, il masterplan dell’aeroporto di Bolzano. L’associazione “Bassa Atesina Vivibile” (Lebenswertes Unterland) e la Federazione Protezionisti Sudtirolesi (Dachverband für Natur- und Umweltschutz in Südtirol) abbandonano in anticipo il tavolo della trattativa. Motivo: non hanno ricevuto il masterplan.

Secondo uno studio dell’Istituto provinciale di statistica, le donne in Alto Adige ricevono uno stipendio inferiore fino al 30 per cento rispetto a quello degli uomini.

18 Aprile. Dopo mesi di conflitti politici e interni all’associazione sul doppio incarico rivestito da Hanspeter Munter come consigliere provinciale e direttore dell’Associazione Provinciale dell’Artigianato (APA), Thomas Pardeller ne diventa il direttore.

A Innsbruck viene dato l’avvio ai lavori per la costruzione della Galleria di Base del Brennero (BBT).

La commissione per la trasformazione del Palazzo delle Finanze con il bassorilievo di Mussolini presenta alla Giunta cinque proposte selezionate tra i 486 progetti inoltrati.

20 Aprile. Secondo il quotidiano “Dolomiten”, la Svp, i Freiheitlichen e la Süd-Tiroler Freiheit chiedono un aumento del finanziamento ai gruppi consiliari.

28. April. Finanziell gut dastehende Gemeinden müssen ab dem Jahr 2012 zugunsten finanziell schwacher Gemeinden bei der Landesfinanzierung zurückstecken. Diese Umverteilung ist das Ergebnis eines Treffens zwischen der Landesverwaltung und dem Gemeindenverband.

30. April. Die Bundesversammlung des Südtiroler Schützenbundes wählt Elmar Thaler zum neuen Landeskommandanten und damit zum Nachfolger von Paul Bacher. Elmar Thaler war in den vergangenen Monaten des Öfteren in die Schlagzeilen geraten, unter anderem wegen eines Links auf der Homepage der Schützen mit deutsch-nationalen Liedern.

Mai

1. Mai. Am 1. Mai findet die Seligsprechung von Papst Johannes Paul II. statt.

2. Mai. In der Debatte über die Entschärfung des Mussolini-Reliefs am Finanzamt beschließt die Landesregierung, das Piffrader-Relief durch eine Milchglasscheibe zu verdecken, weil keines der fünf Siegerprojekte Anklang gefunden hat. An den Beinhäusern werden außerdem erklärende Tafeln angebracht.

Bei einer Sitzung der SVP-Parteileitung wird bekannt gegeben, dass der Schuldenberg der Partei um zwei Millionen Euro abgebaut werden konnte. Zum Jahresende 2010 hatte die SVP nur noch Ausstände von ca. 3,7 Millionen Euro.

3. Mai. Rom genehmigt die Gründung eines Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit EVTZ. Damit ist der Grundstein für eine Institutionalisierung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino gelegt. Luis Durnwalder wird der erste Präsident der Euregio.

4. Mai. Der Landtag nimmt mit großer Mehrheit den 50-Punkte-Plan zur Reform der Geschäftsordnung an. Zentrale Punkte sind die Abschaffung der Anwesenheitspflicht von zwei Dritteln der Mandatäre bei der Wahl des Landtagspräsidenten und des Landeshauptmannes, die Einführung der elektronischen Abstimmung und die Verlängerung der Fragestunde. Immer noch herrscht Uneinigkeit über den Obstruktionsartikel.

Der österreichische Südtirol-Unterausschuss diskutiert über den Umgang mit faschistischen Relikten, Toponomastik, die Begnadigung der Freiheitskämpfer, die Doppelstaatsbürgerschaft sowie die Verankerung der Schutzfunktion in der österreichischen Verfassung.

28 Aprile. A partire dal 2012, i Comuni in buone condizioni finanziarie devono moderare le pretese in favore di quelli finanziariamente più deboli. Questa redistribuzione è il risultato di un incontro tra l'amministrazione provinciale e il Consorzio dei Comuni.

30 Aprile. L'assemblea degli Schützen sudtirolesi elegge Elmar Thaler nuovo comandante del corpo e, quindi, successore di Paul Bacher. Nei mesi precedenti Elmar Thaler era apparso di frequente nei titoli di giornale, tra l'altro per avere inserito nella homepage degli Schützen alcuni link a canti nazionali tedeschi.

Maggio

1° Maggio. Oggi si tiene la beatificazione di Papa Giovanni Paolo II.

2 Maggio. In merito al dibattito sul depotenziamento del bassorilievo di Mussolini sul Palazzo delle Finanze, la Giunta provinciale ha deciso di coprirlo con una lastra di vetro opaco: nessuno dei cinque progetti vincitori ha infatti ottenuto l'approvazione. Negli osari vengono introdotte targhe esplicative.

Nel corso di una seduta del direttivo Svp viene reso noto che i debiti del partito sono stati ridotti di circa 2 milioni di euro. Alla fine del 2010 la Svp aveva ancora debiti per soli 3,7 milioni di euro.

3 Maggio. Roma autorizza la fondazione di un Gruppo europeo di cooperazione territoriale (GECT). Il primo passo verso una Euroregione Tirolo-Alto Adige-Trentino è compiuto. Luis Durnwalder sarà il primo presidente dell'Euregio.

4 Maggio. Il Consiglio provinciale ha approvato con larga maggioranza i 50 articoli della delibera sulle modifiche al regolamento interno. I punti centrali sono l'abolizione della presenza dei due terzi dei mandatari durante l'elezione dei presidenti della Provincia e del Consiglio provinciale, l'introduzione della votazione mediante procedimento elettronico e il prolungamento del tempo riservato alle interrogazioni. C'è ancora disaccordo sull'articolo riguardante l'ostruzionismo.

La sottocommissione austriaca per l'Alto Adige discute dei rapporti con i relitti fascisti, la toponomastica, la grazia per i "Freiheitskämpfer", la doppia cittadinanza e l'ancoraggio nella Costituzione austriaca della "Schutzfunktion", la tutela della minoranza sudtirolese.

5. Mai. Der Ministerrat in Rom gibt grünes Licht für ein Paket mit Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Darin sind Initiativen zur Vereinfachung des Steuersystems, Steuerbegünstigungen für Betriebe, die im Süden neue Arbeitsplätze schaffen, sowie finanzielle Unterstützung für die Forschung enthalten.

Der Landtag genehmigt das Sozial-Omnibus-Gesetz.

6. Mai. Die Gewerkschaften AGB/CGIL und ASGB haben zum Generalstreik im öffentlichen Dienst aufgerufen.

7. Mai. Nach den ersten Flüchtlingen im März kommen weitere 20 nordafrikanische Flüchtlinge aus Libyen in Südtirol an.

9. Mai. Landeshauptmann Luis Durnwalder will mit Immobilienverkäufen das Bauprogramm ankurbeln und hunderte Millionen Euro einnehmen.

Der Klimaplan der Landesregierung wird dem Landtag vorgelegt. Er beinhaltet die Kriterien für die Errichtung weiterer Windparks, Förderungen wie den Kubaturbonus und verfolgt das Ziel einer unabhängigen Energieversorgung durch eine Senkung des Energieverbrauchs, der geringeren Nutzung fossiler Energieträger und durch den verstärkten Einsatz alternativer Energien.

10. Mai. Mehrheit und Opposition im Landtag können sich in puncto Eindämmung der Obstruktion erneut nicht einigen. Auf Vorschlag der Präsidentin Julia Unterberger wird zum Artikel 92 der Geschäftsordnung ein Beschluss zur Auslegung dieser Bestimmung gefasst. Demnach ist die Seitenanzahl des Antrags auf den Umfang zu beschränken, der für die Formulierung des Beschlusses und dessen Erläuterung unbedingt nötig ist. Die Opposition will vor Gericht ziehen.

12. Mai. Vom 12. bis zum 15. Mai findet die Generalversammlung der MIDAS, der Europäischen Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen, in Bozen statt.

16. Mai. Die Handelskammer und die Südtiroler Landesregierung unterschreiben einen Stabilitätspakt. Er enthält drei zentrale Bestimmungen: So wird darin der Saldo für das Geschäftsjahr 2011 festgelegt, der Personalstand auf jenen des Vorjahrs eingefroren, trotz allem aber die Option vorgesehen, bei der Zuweisung neuer Kompetenzen Budget und Personal anzupassen.

5 Maggio. Il Consiglio dei ministri a Roma dà il via a un pacchetto di misure per la crescita economica. Il pacchetto prevede iniziative quali la semplificazione del sistema fiscale, agevolazioni fiscali per le imprese che creano nuovi posti di lavoro al Sud, interventi di sostegno finanziario alla ricerca.

Il Consiglio provinciale approva la legge omnibus sociale.

6 Maggio. I sindacati AGB/CGIL e ASGB proclamano lo sciopero nei servizi pubblici.

7 Maggio. Dopo i primi rifugiati nel mese di marzo, arrivano dalla Libia in Alto Adige 20 nuovi nordafricani.

9 Maggio. Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder vuole dare impulso al programma di costruzione alloggi con la vendita di immobili e riscuotere cento milioni di euro.

Il piano clima della Giunta provinciale viene presentato al Consiglio. Al suo interno contiene criteri per l'edificazione di ulteriori impianti eolici e incentivi come bonus cubatura, persegue inoltre l'obiettivo del rifornimento energetico autonomo attraverso la riduzione del consumo, il minore utilizzo di fonti fossili e il grande impiego di energie alternative.

10 Maggio. Maggioranza e opposizione in Consiglio provinciale non riescono ancora ad accordarsi sull'arginamento dell'ostruzionismo. Su proposta della Presidente Julia Unterberger viene accolta nell'articolo 92 una delibera d'interpretazione. Di conseguenza il numero delle pagine di un ordine del giorno è da ridurre allo stretto necessario per le sue motivazioni e la sua formulazione. L'opposizione vuole andare in giudizio.

12 Maggio. Dal 12 al 15 maggio si svolge a Bolzano l'assemblea generale di MIDAS, Associazione europea dei quotidiani in lingue minoritarie e regionali.

16 Maggio. La Camera di commercio e la Giunta provinciale sottoscrivono un patto di stabilità. Il patto contiene tre disposizioni: viene fissato il saldo per l'anno d'esercizio 2011, si mantiene invariato lo stato dell'organico rispetto all'anno precedente e infine si prevede comunque l'opzione di adeguare budget e personale nel caso di assunzione di nuove competenze.

Die Südtiroler Landesregierung genehmigt ein Strategiepapier zur Familienpolitik. Bei der Stärkung der Familien setzt die Landesregierung auf Bildungs- und Begleitangebote sowie auf eine Unterstützung der Eltern-Kind-Zentren.

17. Mai. Der Kassensturz 2010 des Landes Südtirol wird veröffentlicht, mehr als 142.000 Güter mit einem Wert von insgesamt mehr als vier Milliarden Euro werden vom Land verwaltet.

18. Mai. Mauro Minniti (PdL) gewinnt die Wahl zum Landtagspräsidenten gegen seine Konkurrenten Elena Artioli (Lega Nord) und Parteikollegen Maurizio Vezzali.

Der ehemalige Staatsanwalt Cuno Tarfusser tritt seinen Dienst im Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag an.

19. Mai. Eine Diskussion um die stärkere Anbindung der EURAC an die Freie Universität Bozen flammt auf, Mitarbeiter der EURAC zeigen sich ablehnend.

20. Mai. Im Rahmen der OSZE-Tagung in Bozen überprüfen 21 hochrangige Delegationen die Umsetzung der Bozner Empfehlungen zum Minderheitenschutz in den 56 Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

24. Mai. Das EHEC-Virus fordert erste Opfer in Deutschland. Auch in Südtirol wird die Einfuhr von Gurken, Tomaten und Salat aus Spanien verboten.

25. Mai. Die Deutsche Bahn, die Österreichischen Bundesbahnen und Trenitalia erreichen im Streit um das Halteverbot deutscher und österreichischer EC-Züge in Südtirol eine außergerichtliche Einigung.

Die Regierung Berlusconi versucht das Referendum am 12. und 13. Juni über die Wiedereinführung der Atomenergie, die Privatisierung des Wassers und die gesetzliche Verankerung der rechtmäßigen Abwesenheit von Regierungsmitgliedern bei sogenannten „unaufschiebbaren Regierungsgeschäften“ abzuwenden.

Weitere 15 Flüchtlinge aus Nordafrika treffen in Südtirol ein. Bisher hat Südtirol 85 Flüchtlinge aufgenommen.

Das neue Landesgesetz „Bestimmungen auf den Sachgebieten Fürsorge und Wohlfahrt, Verwaltungsverfahren, Überwindung oder Beseitigung architektonischer Hindernisse, Hygiene und Gesundheitswesen sowie Wohnbauförderung“ tritt in Kraft.

La Giunta provinciale approva un piano strategico sulle politiche familiari. Per il rafforzamento delle famiglie, la Giunta predispone offerte formative e accessorie e il sostegno di centri per genitori e figli.

17 Maggio. Viene pubblicata la verifica di cassa 2010 della Provincia. Vengono amministrati dall'Ente più di 142.000 beni per un valore complessivo che supera i 4 miliardi di euro.

18 Maggio. Mauro Minniti (Pdl) vince l'elezione a Presidente del Consiglio provinciale contro la concorrente Elena Artioli (Lega Nord) e il collega di partito Maurizio Vezzali.

L'ex sostituto procuratore Cuno Tarfusser prende servizio presso la Corte penale internazionale dell'Aja.

19 Maggio. La discussione su una più intensa connessione tra l'EURAC e la Libera Università di Bolzano si accende. Il personale dell'EURAC si mostra contrario.

20 Maggio. Nell'ambito del convegno Osce a Bolzano, 21 delegazioni di rilievo esaminano l'attuazione delle Raccomandazioni di Bolzano sulla tutela delle minoranze nei 56 Paesi che aderiscono all'Organizzazione per la Sicurezza e la Cooperazione in Europa (OSCE).

24 Maggio. Il virus Ehec causa le prime vittime in Germania. Anche in Sudtirolo viene emanato il divieto di importazione di cetrioli, pomodori e insalata provenienti dalla Spagna.

25 Maggio. La Deutsche Bahn/Österreichische Bundesbahnen e Trenitalia raggiungono un accordo extragiudiziale sulla questione riguardante il divieto di fermata dei treni Euro City tedeschi e austriaci.

Il Governo Berlusconi cerca di impedire il referendum del 12 e 13 giugno sul rilancio dell'energia atomica, sulla privatizzazione dell'acqua e sul legittimo impedimento per i membri del governo in caso di "improrogabile impegno di governo".

Altri 15 profughi arrivano in Sudtirolo. Finora ne sono stati accolti 85.

La nuova legge provinciale "Norme in materia di assistenza e beneficenza, di procedimento amministrativo, di superamento o eliminazione delle barriere architettoniche, di igiene e sanità e di edilizia agevolata" entra in vigore.

29. Mai. Die Landesregierung beschäftigt sich mit Tourismusfinanzierung; Landesrat Hans Berger ist für eine Kombination aus Kurtaxe und Tourismusabgabe.

Der Bozner Stadtrat Mauro Randi bringt den Vorschlag ein, VertreterInnen der Immigranten einen Sitz (wenn auch ohne Stimmrecht) im Bozner Gemeinderat zu geben.

30. Mai. Die SVP beauftragt den Verfassungsrechtler Walter Obwexer, ein Rechtsgutachten zur Doppelstaatsbürgerschaft der SüdtirolerInnen zu erstellen. Obwexer verkündet, dass eine Doppelstaatsbürgerschaft rechtlich grundsätzlich möglich wäre, wenn auch politisch schwer erreichbar.

31. Mai. Landesrat Widmann gibt den aktuellen Stand des europäischen Projektes EFRE bekannt. Von 2007 bis 2013 soll die Wettbewerbsfähigkeit in Südtirol mit über 74 Millionen Euro gefördert werden. Die Mittel stammen zu einem großen Teil aus dem Europäischen Fonds zur Förderung der Regionalen Entwicklung.

Juni

1. Juni. Innerhalb des Südtiroler PdL gehen weiterhin die Wogen hoch. Die Abgeordnete Michaela Biancofiore kündigt an, zusammen mit ihren Verbündeten die Partei verlassen zu wollen.

2. Juni. Italien begeht das Fest der Republik im Zeichen des 150. Jahrestages der Einheit Italiens am 17. März. In Südtirol hatte dieser Anlass zuvor für Kontroversen gesorgt, da Landeshauptmann Luis Durnwalder nicht an den Feierlichkeiten in Rom teilnehmen wollte. Er erschien jedoch zu einem Festakt in Bozen.

Die Bozner PdL-Gemeinderäte Mario Tagnin (ehemaliger Bürgermeisterkandidat) und Enrico Lillo kündigen ihren Rückzug aus der PdL-Fraktion an. Sie möchten sich Forza Nazionale anschließen, betonen aber gleichzeitig, dass sie für Berlusconi seien.

4. Juni. In Leifers wird das Großprojekt *La nostra Cittadella – unser Sportpark* offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt. Rund um die bestehende Sportzone *Engel Ossana* sollen ein neues Stadion für den FC Südtirol, mehrere Trainingsplätze, ein Einkaufszentrum, ein neues Freischwimmbad und eine Naherholungszone entstehen.